

Verwaltungsausschuss am 09.04.2014
Sitzung des Gemeinderates am 11.04.2014

öffentlich

Sitzungsvorlage 42/2014
Haushaltsplan 2014;
Antrag der SPD Fraktion auf Gewährung von Zuschüssen für
Umbaumaßnahmen

Sachverhalt:

Die SPD Fraktion stellte in ihrer Haushaltrede zum Haushaltsplan 2014 folgenden Antrag:

„Auch wir in Nordheim bleiben vom **demografischen Wandel** nicht verschont. Unsere Bevölkerung wird immer älter und dieses Alter möchten die meisten in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung verbringen. Damit unsere Bürger tatsächlich in Ihrer Wohnung oder Haus verbleiben können sind oft Umbauten erforderlich wie z.B. Türrahmen verbreitern, Dusche statt Badewanne, erhöhte Toilette usw. Deshalb stellt die SPD-Fraktion den **Antrag**, ähnlich wie beim 1000-Dächer-Programm, **für diese Umbauten 1.000 €/Haushalt einmalig auf Antrag und Nachweis zur Verfügung zu stellen**. Die Evaluation nach einem Jahr erscheint sinnvoll.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Für diese Umbaumaßnahmen können bereits Förderungen von der KfW-Bank, den Pflegekassen oder auch den gesetzlichen Krankenversicherungen in Anspruch genommen werden.

Um (im Falle einer Zustimmung) den befürchteten großen Verwaltungsaufwand zu reduzieren, erscheint es denkbar, dann einen Gemeindegeldzuschuss zu gewähren, wenn auch ein Förderanspruch bei diesen Zuschussgebern besteht.

Trotzdem spricht sich die Verwaltung aus u.a. aus folgenden Gründen gegen diesen Antrag aus.

- Es handelt sich um eine absolut freiwillige Aufgabe, die zudem bereits von anderer Stelle erfüllt wird (Stichworte: Doppelförderung, Mitnahmeeffekt).
- Zwar ist die finanzielle Situation der Gemeinde im Augenblick noch gut. Es ist aber absolut klar, dass ab 2015 Kredite in Millionenhöhe aufgenommen werden müssen. Diese Kredite erhöhen sich ggf. um den Betrag, der für Zuschüsse zum genannten Zweck zur Verfügung gestellt werden soll.

Nicht als Begründung, sondern eher als Verwaltungsmeinung, wird ergänzt, dass sich die Gemeinde künftig verstärkt um die Seniorenbetreuung kümmern sollte. Allerdings wird es für besser gehalten, sich allgemein zugängliche Ziele zu setzen (z.B. Seniorenbegegnungsstätte), als Einzelfälle zu fördern.

Über den Antrag der SPD-Fraktion ist abzustimmen.

mb